

Nach Jahrzehnten bevölkerungspolitischer Zurückhaltung ist die Erhöhung der Geburtenrate explizites politisches Ziel geworden. Die politischen Eliten wissen sogar, wie viele Kinder die Deutschen bekommen sollen und wer die besten Eltern sind. Bei der Staffellung des Kindergeldes stand ein „Mangel“ an Familien mit mehr als zwei Kindern Pate. Zielgruppe des Elterngeldes sind die gutausgebildeten und gutverdienenden (potentiellen) Eltern.

Ob das überhaupt funktioniert und Geldgeschenke der Familienministerin die Bürger tatsächlich zur Elternschaft

## FORUM

bewegen, ist zweifelhaft. Abgesehen davon ist eine Einmischung in die höchst private Entscheidung, wie viele Kinder jemand bekommt, mit einem freiheitlichen Staatsverständnis unvereinbar.

Eine Familie zu gründen, ist Teil individueller, selbstbestimmter Lebensentwürfe. Natürlich unter Abwägung von Vor- und Nachteilen: Sind Zeit und Geld begrenzt, sind nicht alle Ziele gleichzeitig erreichbar. Daran ändert jedoch Familienpolitik nichts. Ein Kitaplatz bewahrt Eltern nur bedingt vor beruflichen Einschränkungen und Verschiebungen ihrer Freizeitgestaltung, das Elterngeld nicht vor langfristigen Belastungen. Ganz zu schweigen von Einschränkungen derer, die großzügig verteilte Begünstigungen finanzieren müssen.

Subventionen werden gern als Erweiterung individueller Handlungsspielräume gepriesen. Doch sie erweitern die Freiheit, eine politisch als gut bewertete Option zu wählen, auf Kosten anderer Optionen und auf Kosten Dritter.

Bevölkerungspolitik instrumentalisiert Kinder. Sie sollen nicht um ihrer selbst willen geboren werden, sondern als Produktionsfaktor und Beitragszahler, für künftiges Wirtschaftswachstum und Innovationen – und für den Fortbestand des deutschen Volkes. Doch ist das ein Selbstzweck?

Bürger gründen Staaten, um individuelle Ziele besser erreichen, Entwürfe für ein glückliches Leben verwirklichen zu können. Dazu delegieren sie Aufgaben. Doch gehören der Erhalt der familienfeindlichen gesetzlichen Rentenversicherung und das Wirtschaftswachstum tatsächlich zu diesen Zielen? Sind sie nicht eigentlich Mittel zum Zweck, die sich gegenwärtig zu verselbständigen drohen? Und wären sie unabhängig davon nicht erreichbar, ohne die Freiheit so stark zu beschneiden?

Die gesetzliche Rentenversicherung ist als Umlagesystem, in dem die Bei-

tragszahler die im gleichen Jahr gezahlten Renten finanzieren, tatsächlich auf Nachwuchs angewiesen. Statt jedoch die Bevölkerung an diese Institution anzupassen, wäre sie leicht von der Geburtenrate unabhängig zu machen: Durch eine stärkere Staffellung der Rentenhöhe nach der Erziehungsleistung. Wer keine Kinder erzieht, nutzt die gesparten Mittel zur privaten Vorsorge. Das Ziel Alterssicherung wird unverändert erreicht – ohne in die Familienplanung einzugreifen.

Auch Steuerzahlungen zusätzlicher Arbeitskräfte sind kein stichhaltiges Argument. Steuern und Abgaben sind keine zu maximierende Größe, sondern der Preis für in Anspruch genommene staatliche Infrastruktur. Die Einnahmen haben sich an den Ausgaben zu orientieren, die von der Bevölkerungsgröße abhängen.

Ob der einzelne später Nettozahler oder -empfänger wird, ist im Vorhinein unklar. Die gezielte Zucht von Nettozahlern mit überdurchschnittlichen Abgaben ist unmöglich. Positive fiskalische Effekte sind jedoch ohnehin keine klassischen externen Effekte im Sinne der Marktversagenstheorie, sondern rein pekuniären Charakters. Selbst wenn Bevöl-

kerungspolitik zuverlässig überdurchschnittliche Nettozahler hervorbringen würde, wäre sie dadurch nicht legitimiert. Ganz abgesehen davon, dass das ethisch unhaltbar wäre.

Wer Kinder als Wachstumsfaktor propagiert, meint konkret die Entwicklung



Vera Bünnagel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung und am Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln. Foto: oh

des Wohlstands der Bürger. Doch auch Freiheit ist Teil des Wohlstands, und Bevölkerungspolitik schränkt diese Freiheit ein. Aber selbst, wenn man nur das Bruttosozialprodukt betrachtet, hat seine Erhöhung durch mehr Kinder keinen Sinn. Zusätzliche Arbeitskräfte werden gemäß ihrer Wertschöpfung entlohnt. Zusätzliche Löhne erhöhen die Lohnsumme und damit das Bruttosozialprodukt, jedoch zunächst einmal nicht das Einkommen pro Kopf.

Erbringt ein Kind später eine überdurchschnittlich hohe Wertschöpfung, wird es überdurchschnittlich entlohnt. Das statistische Pro-Kopf-Einkommen steigt. Doch das erhöht den Wohlstand der anderen nicht: Das Einkommen kommt dem Kind zugute. Sogar das Gegenteil ist denkbar: Sinkt das pro Arbeiter eingesetzte Kapital, sinken die durchschnittliche Produktivität und das Einkommen pro Kopf.

Schließlich wird versucht, aus der Altersstruktur der Gesellschaft eine Rechtfertigung für die Subvention der Geburt künftiger Arbeitskräfte zu konstruieren. Mehr junge, innovative, risikobereite Fachkräfte könnten den technischen

Fortschritt und so die Einkommen der anderen erhöhen. Doch auch Innovationskraft und Risikobereitschaft werden zunächst einmal individuell entlohnt. Knappheit erhöht diesen Lohn und setzt so Anreize, dass ein größerer Teil der Gesellschaft innovativ ist.

Es kommt für technischen Fortschritt nicht unbedingt auf Masse an. Zumal plausibel ist, dass das Wissen pro Kopf zunimmt, wenn die Bevölkerung kleiner wird: Investieren Eltern, die weniger Kinder haben, pro Kind vielleicht mehr? Bekommen Eltern möglicherweise deshalb weniger Kinder?

Doch veränderte Knappheiten erhöhen auch in heute weniger produktiven Altersgruppen die Innovationsanreize. Hinzu kommt, dass Wissen und technischer Fortschritt nicht an nationalen Grenzen aufhören: Dann nutzen die Deutschen eben Wissen, das in anderen, innovativeren Nationen entstanden ist. Natürlich gegen Entlohnung – doch die hätten auch heimische Innovatoren verlangt.

Die Argumentation innerhalb der Staatsgrenzen ist jedoch charakteristisch für die Bevölkerungspolitiker. Das zeigt sich am offensichtlichsten und problematischsten am letzten hier aufgegriffenen Argument: Dem Erhalt der deutschen Kultur. Wie viele Kinder brauchen wir dazu? Müssen es deutsche Kinder sein? Ist der Erhalt nationaler Kulturen durch Menschen der entsprechenden Nationalität überhaupt ein Gut, geschweige denn eines, das Eingriffe in die Familienplanung rechtfertigt?

# Kinder sind kein Pr

Die Einmischung in die private Entscheidung, wie viele K  
Staatsverständnis nicht verein

Nach Jahrzehnten bevölkerungspolitischer Zurückhaltung ist die Erhöhung der Geburtenrate explizites politisches Ziel geworden. Die politischen Eliten wissen sogar, wie viele Kinder die Deutschen bekommen sollen und wer die besten Eltern sind. Bei der Staffe- lung des Kindergeldes stand ein „Mangel“ an Familien mit mehr als zwei Kindern Pate. Zielgruppe des Elterngeldes sind die gutausgebildeten und gutverdienenden (potentiellen) Eltern.

Ob das überhaupt funktioniert und Geldgeschenke der Familienministerin die Bürger tatsächlich zur Elternschaft

## FORUM

bewegen, ist zweifelhaft. Abgesehen davon ist eine Einmischung in die höchst private Entscheidung, wie viele Kinder jemand bekommt, mit einem freiheitlichen Staatsverständnis unvereinbar.

Eine Familie zu gründen, ist Teil individueller, selbstbestimmter Lebensentwürfe. Natürlich unter Abwägung von Vor- und Nachteilen: Sind Zeit und Geld begrenzt, sind nicht alle Ziele gleichzeitig erreichbar. Daran ändert jedoch Familienpolitik nichts. Ein Kitaplatz bewahrt Eltern nur bedingt vor beruflichen Einschränkungen und Verschiebungen ihrer Freizeitgestaltung, das Elterngeld nicht vor langfristigen Belastungen. Ganz zu schweigen von Einschränkungen derer, die großzügig verteilte Begünstigungen finanzieren müssen.

Subventionen werden gern als Erweiterung individueller Handlungsspielräume gepriesen. Doch sie erweitern die Freiheit, eine politisch als gut bewertete Option zu wählen, auf Kosten anderer Optionen und auf Kosten Dritter.

Bevölkerungspolitik instrumentalisiert Kinder. Sie sollen nicht um ihrer selbst willen geboren werden, sondern als Produktionsfaktor und Beitragszahler, für künftiges Wirtschaftswachstum und Innovationen – und für den Fortbestand des deutschen Volkes. Doch ist das ein Selbstzweck?

Bürger gründen Staaten, um individuelle Ziele besser erreichen, Entwürfe für ein glückliches Leben verwirklichen zu können. Dazu delegieren sie Aufgaben. Doch gehören der Erhalt der familienfeindlichen gesetzlichen Rentenversicherung und das Wirtschaftswachstum tatsächlich zu diesen Zielen? Sind sie nicht eigentlich Mittel zum Zweck, die sich gegenwärtig zu verselbständigen drohen? Und wären sie unabhängig davon nicht erreichbar, ohne die Freiheit so stark zu beschneiden?

Die gesetzliche Rentenversicherung ist als Umlagesystem, in dem die Bei-

tragszahler die im gleichen Jahr gezahlten Renten finanzieren, tatsächlich auf Nachwuchs angewiesen. Statt jedoch die Bevölkerung an diese Institution anzupassen, wäre sie leicht von der Geburtenrate unabhängig zu machen: Durch eine stärkere Staffe- lung der Rentenhöhe nach der Erziehungsleistung. Wer keine Kinder erzieht, nutzt die gesparten Mittel zur privaten Vorsorge. Das Ziel Alterssicherung wird unverändert erreicht – ohne in die Familienplanung einzugreifen.

Auch Steuerzahlungen zusätzlicher Arbeitskräfte sind kein stichhaltiges Argument. Steuern und Abgaben sind keine zu maximierende Größe, sondern der Preis für in Anspruch genommene staatliche Infrastruktur. Die Einnahmen haben sich an den Ausgaben zu orientieren, die von der Bevölkerungsgröße abhängen.

Ob der einzelne später Nettozahler oder -empfänger wird, ist im Vorhinein unklar. Die gezielte Zucht von Nettozahlern mit überdurchschnittlichen Abgaben ist unmöglich. Positive fiskalische Effekte sind jedoch ohnehin keine klassischen externen Effekte im Sinne der Marktversagenstheorie, sondern rein pekuniären Charakters. Selbst wenn Bevöl-

# Produktionsfaktor

iele Kinder jemand bekommt, ist mit dem freiheitlichen vereinbar. Von Vera Bünnagel

kerungspolitik zuverlässig überdurchschnittliche Nettozahler hervorbringen würde, wäre sie dadurch nicht legitimiert. Ganz abgesehen davon, dass das ethisch unhaltbar wäre.

Wer Kinder als Wachstumsfaktor propagiert, meint konkret die Entwicklung



Vera Bünnagel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung und am Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln. Foto: oh

des Wohlstands der Bürger. Doch auch Freiheit ist Teil des Wohlstands, und Bevölkerungspolitik schränkt diese Freiheit ein. Aber selbst, wenn man nur das Bruttosozialprodukt betrachtet, hat seine Erhöhung durch mehr Kinder keinen Sinn. Zusätzliche Arbeitskräfte werden gemäß ihrer Wertschöpfung entlohnt. Zusätzliche Löhne erhöhen die Lohnsumme und damit das Bruttosozialprodukt, jedoch zunächst einmal nicht das Einkommen pro Kopf.

Erbringt ein Kind später eine überdurchschnittlich hohe Wertschöpfung, wird es überdurchschnittlich entlohnt. Das statistische Pro-Kopf-Einkommen steigt. Doch das erhöht den Wohlstand der anderen nicht: Das Einkommen kommt dem Kind zugute. Sogar das Gegenteil ist denkbar: Sinkt das pro Arbeiter eingesetzte Kapital, sinken die durchschnittliche Produktivität und das Einkommen pro Kopf.

Schließlich wird versucht, aus der Altersstruktur der Gesellschaft eine Rechtsfertigung für die Subvention der Geburt künftiger Arbeitskräfte zu konstruieren. Mehr junge, innovative, risikobereite Fachkräfte könnten den technischen

Fortschritt und so die Einkommen der anderen erhöhen. Doch auch Innovationskraft und Risikobereitschaft werden zunächst einmal individuell entlohnt. Knappheit erhöht diesen Lohn und setzt so Anreize, dass ein größerer Teil der Gesellschaft innovativ ist.

Es kommt für technischen Fortschritt nicht unbedingt auf Masse an. Zumal plausibel ist, dass das Wissen pro Kopf zunimmt, wenn die Bevölkerung kleiner wird: Investieren Eltern, die weniger Kinder haben, pro Kind vielleicht mehr? Bekommen Eltern möglicherweise deshalb weniger Kinder?

Doch veränderte Knappheiten erhöhen auch in heute weniger produktiven Altersgruppen die Innovationsanreize. Hinzu kommt, dass Wissen und technischer Fortschritt nicht an nationalen Grenzen aufhören: Dann nutzen die Deutschen eben Wissen, das in anderen, innovativeren Nationen entstanden ist. Natürlich gegen Entlohnung – doch die hätten auch heimische Innovatoren verlangt.

Die Argumentation innerhalb der Staatsgrenzen ist jedoch charakteristisch für die Bevölkerungspolitiker. Das zeigt sich am offensichtlichsten und problematischsten am letzten hier aufgegriffenen Argument: Dem Erhalt der deutschen Kultur. Wie viele Kinder brauchen wir dazu? Müssen es deutsche Kinder sein? Ist der Erhalt nationaler Kulturen durch Menschen der entsprechenden Nationalität überhaupt ein Gut, geschweige denn eines, das Eingriffe in die Familienplanung rechtfertigt?